

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
VERBANDS DEUTSCHER
SPORTFISCHER
LANDESVERBAND BERLIN-
BRANDENBURG E.V**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

1. EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)

Die zahlreichen Schleusen in den Bundeswasserstraßen und weitere Querverbauungen in den Berliner Fließgewässern sorgen dafür, dass Fischen ihre Wanderungen z. B. zu Laichplätzen nicht mehr wahrnehmen können. So gibt es seit den 60iger Jahren keine Barben mehr in Berlin. Wenn die Umsetzung der WRRL nicht erfolgt, hätte dies möglicherweise Strafzahlungen an die EU zur Folge.

Welche konkreten Maßnahmen zur Durchgängigkeit der Fließgewässer (Umsetzung der WRRL) im Land Berlin planen Sie in der kommenden Legislaturperiode umzusetzen? Oder sehen Sie die Ziele der WRRL als zu ambitioniert an?

Antwort:

Wir wollen, dass der nach der Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) geforderte gute ökologische Zustand so schnell wie möglich in allen Gewässern erreicht wird. Dafür muss mit Nachdruck an der Durchgängigkeit des Gewässernetzes gearbeitet werden. Wo immer möglich und sinnvoll, gilt es, natürliche und naturnahe Strukturen im Interesse des Arten- und Lebensraumschutz sicherzustellen. Die konkreten Maßnahmen müssen standortangepasst nach fachlichen Kriterien erfolgen.

2. Landesfischereiordnung (LFischO)

Die Novellierung der Landesfischereiordnung steht seit einiger Zeit an. Das Beteiligungsverfahren ist beendet. Es gibt von Seiten der Naturschutzverbände Vorschläge, die das Angeln und die Ausübung der Berufsfischerei, wenn sie denn umgesetzt werden, stark einschränken würden (Anfütterverbot, Hälterungsverbot, Otterschutz). Es stellt sich die Frage, ob es dann noch eine FISCHEREIVERORDNUNG ist oder eine weitere Natur- und Tierschutzregelung, die dem Zweck der Verordnung widerspricht, eben eine Landesfischereiverhinderungsverordnung. Die Grundlage für die Novellierung (Anpassung an das EU Recht) wird dagegen in den bisher vorliegenden Entwürfen kaum erreicht (invasive Arten).

Die Änderungsvorschläge in den Beteiligungsverfahren zur Novellierung der Landesfischereiordnung sind bekanntlich für die Senatsverwaltung nicht bindend. Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Interessen der Fischerei gewahrt bleiben und keine „Landesfischereiverhinderungsverordnung“ resultiert?

Antwort:

Wir erkennen die jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit der organisierten Angler und Fischer in Berlin ausdrücklich an und sprechen uns gegen unangemessene Einschränkungen der Angelrechte an den Gewässern aus.

Die bedeutende Rolle der Angelfischerei beim Naturschutz muss aus Sicht der CDU auch in der aktiven Naturschutzarbeit einen messbaren und spürbaren Widerhall finden. Grundsätzlich muss wieder deutlicher werden, dass Jagd und Angelsport die Ziele von Naturschutzgebieten nicht beeinträchtigen und Einschränkungen zu ihren Lasten daher unangebracht sind.

Gerne sind wir bereit, mit den Verbänden und Vereinen im engen Austausch die Problemfelder der Angelfischerei und die fischereispezifischen Rechtsgrundlagen zu erörtern, nach Lösungen zu suchen und im Rahmen unserer naturschutzpolitischen Zielstellungen positiv zu begleiten und auch konkret zu unterstützen, wo dies erforderlich und rechtlich möglich ist. Fischereiliche Belange müssen nach unserer Auffassung immer Teil einer ganzheitlichen Naturschutzpolitik sein.

3. Landesfischereibeirat

§ 38 (2) des Landesfischereigesetzes sagt: Der Landesfischereibeirat berät die für das Fischereiwesen zuständige Senatsverwaltung in allen das Fischereiwesen betreffenden grundsätzlichen Fragen; vor dem Erlass von Rechtsverordnungen ist er zu hören. Ist Fischerei so unwichtig oder gibt es keinen Beratungsbedarf der Senatsverwaltung von Fachleuten/Betroffenen?

Wie sehen Sie das Gremium „Landesfischereibeirat“, das seit über einem Jahr nicht mehr einberufen wurde?

Antwort:

Die CDU Berlin steht für eine Politik, die umwelt-, energie-, natur- und Klimaschutzpolitische Interessen nicht gegeneinander ausspielt, sondern gemeinsame Lösungen sucht – stets in enger Abstimmung mit den Verbänden und unter Sicherung umfassender Anhörungs- und Beteiligungsrechte. Dabei ist für uns der Landesfischereibeirat ein wichtiges Gremium, um auch in Zukunft die berechtigten Interessen der Fischerei weiter im Blick zu behalten.

4. Mischwasserkanalisation/Nährstoffeinträge

Jedes Jahr aufs Neue ist die Mischwasserkanalisation im zentralen Berliner Stadtgebiet überlastet und die Abwässer fließen ungehindert in die Oberflächengewässer. Die extremen Nährstoffeinträge führen dann zu sehr

schnell ablaufenden Abbauprozessen, die dabei aber den im Wasser vorhandenen Sauerstoff komplett verbrauchen, sodass er für die weiteren Lebewesen (insbesondere Fische) nicht mehr zur Verfügung steht. Es kommt daher immer wieder zu Fischsterben in den betroffenen Bereichen. Generell hat Berlin ein Problem mit Nährstoffeinträgen in die Gewässer, was auch zu hohen Konzentrationen von Blaualgen verbunden mit teilweisen Badeverboten führt.

Wie werden Sie Druck auf das landeseigene Unternehmen Berliner Wasserbetriebe ausüben, die Nährstoffeinträge in die Berliner Gewässer vor allem über die Mischwasserkanalisation zu verringern?

Antwort:

Angeln und Fischen setzt gesunde Gewässer voraus. Deshalb ist es unser erklärtes Ziel, die Wassergüte weiter zu verbessern, damit in den Berliner Flüssen und Gewässern der Artenreichtum weiter zunimmt. Darüber hinaus wollen wir ein grundlegendes Konzept erarbeiten, wie berlinweit die Einleitung von Abwasser bei Starkregen in die Spree vermieden werden kann.

Um die Kanalisation von Regenwasser zu entlasten, setzt sich die CDU für ein Förderprogramm zur dezentralen Regenwasserversickerung ein. In Gebieten, in denen Maßnahmen der Starkregenvorsorge nicht genügend Entlastung schaffen, braucht es neue Ansätze in der Überflutungsvorsorge, die die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten schützt und zugleich sensibilisiert.

Die Arbeit der Berliner Regenwasseragentur unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass Landes- und Bezirksverwaltungen, die Berliner Wasserbetriebe, Immobilienbranche sowie Forschung und Zivilgesellschaft noch enger verzahnt zusammenarbeiten. Bestehende (gesetzliche) Hürden wollen wir abbauen und (Genehmigungs- bzw. Entscheidungs-) Prozesse klarer, transparenter und einheitlicher unter dem Gesichtspunkt der Klimafolgenanpassung gestalten.

Klimafolgenanpassung, die Belange der Wasserwirtschaft und der wachsenden Stadt sind in Einklang zu bringen. Hierfür ist es unabdingbar, die Regenwasserbewirtschaftung in den Stadtplanungsprozess – möglichst schon im Zuge der Rahmenplanung – einzubeziehen. Stadtweite Abkopplungsziele müssen alle Akteure einbeziehen und mit individuellen Zielen, Anreizen und Ressourcen verbindlich unterlegt werden.

Auch abseits von Müggelsee, Wannsee, Tegeler See, Spree und Havel gibt es zahlreiche kleinere Seen, Teiche, Pfuhe und Weiher. Viel zu viele dieser Gewässer sind leider in einem ökologisch schlechten Zustand. Das schadet Flora und Fauna und mindert die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Aktuelle Gewässergütesanierungsmaßnahmen des Senates betreffen fast ausschließlich

Gebiete bzw. Gewässer innerhalb des S-Bahn-Ringes. Deswegen will die CDU Berlin die Gewässersanierungsmaßnahmen systematisch auf Gebiete außerhalb des S-Bahn-Ringes ausweiten und das mit einem neuen und deutlich erweiterten Förderprogramm unterstützen.

5. Naturschutzgebiete: Angelverbot vs. Erlaubnis für Berufsfischerei?

In der Verordnung zum Naturschutzgebiet Pfaueninsel ist z.B. ein Schutzzweck natürliche Lebensräume der in der FFH-Richtlinie Anhang II gelisteten Arten (z. B. Rapfen, Biber und Fischotter) zu gewährleisten. Es ist ferner verboten, wildlebenden Tieren nachzustellen. Eine Ausnahme davon stellt allerdings die ordnungsgemäße Ausübung der Erwerbs- oder Nebenerwerbsfischerei dar. Diese stellt mit ihren Fanggeräten allerdings für die genannten Arten sehr wohl eine Gefährdung dar. Die – leider – verbotene Ausübung der Angelfischerei dagegen ermöglicht das Zurücksetzen von gefangenen Rapfen. Fischotter sowie Biber werden mit der Handangel erst gar nicht gefangen. Der Eingriff der Angelfischerei ist also dem Schutzzweck gegenüber viel geringfügiger.

Wie stehen Sie zu dem Widerspruch, dass in Naturschutzgebietsverordnungen oft die Ausübung der Berufsfischerei erlaubt ist, die Angelfischerei, die eine wesentlich selektivere Entnahme von Fischen darstellt, jedoch verboten ist?

Antwort:

Grundsätzlich sprechen wir uns gegen unangemessene Einschränkungen der Angelrechte an den Gewässern aus, sofern sie für die Erreichung des Schutzzieles nicht zwingend erforderlich sind.

Wir sind gern bereit, mit Ihnen zur der von Ihnen aufgeworfenen Frage ins Gespräch zu kommen und diese in einem gemeinsamen Dialog zu erörtern.

6. SPAN-Grundstücke und Castingsport

Zahlreiche Angelvereine haben ihre Gemeinnützigkeit aufgrund der Ausübung des Sports (Castingsport) und nutzen Gelände, die der SPAN unterliegen. Da es in Berlin einen Zuzug von Einwohnern gibt, werden immer mehr Wohnungen benötigt. Kleingartenflächen werden aus diesem Grunde schon umgenutzt. Auch der Naturschutz benötigt immer weitere Flächen (Hochwasserschutz). Wie wollen Sie sicherstellen, dass die SPAN Flächen unangetastet bleiben?

Es gibt nur wenige Sporthallen, die für die Ausübung des Castingsports geeignet sind (zu geringe Deckenhöhe). Mit zahlreichen anderen Sportlern konkurrieren die Castingsportler um die begehrten Hallennutzungszeiten im Winterhalbjahr. Ähnlich sieht die Situation auf den Sportplätzen für Wettkämpfe aus.

Der Druck auf Flächen im Land Berlin nimmt immer mehr zu. Wie steht Ihre Partei zu der Nutzung von SPAN-Geländen durch Angelvereine und wie sichern sie die Nutzungsmöglichkeiten von anderen Sportgeländen?

Antwort:

Um der massiven Wohnraumknappheit in Berlin zu begegnen, werden notwendigerweise immer mehr Stadtquartiere zu entwickeln sein. Der CDU Berlin ist daran gelegen, dass bei Neubauvorhaben stets der Sportstättenbedarf mitberücksichtigt wird. Räume für sportliche Betätigung sind aus unserer Sicht ebenso wichtig, wie verkehrliche, soziale und kulturelle Infrastruktur. Sowohl das Land Berlin als auch Investoren sollen in Anlehnung an die zu erwartenden Anwohnerzahlen ausreichend gedeckte und ungedeckte Sportanlagen in ihre Bauplanungen einbeziehen. Wir fordern daher einen Sportflächenschlüssel für die Stadt, durch den sichergestellt werden soll, dass bei künftigen Quartiersplanungen und größeren Bauvorhaben pro Einwohner auch ausreichende Sportflächen zur Verfügung stehen. Neben der angemessenen Quantität sind auch die qualitativen Ausstattungsmerkmale der Sportstätten an den Bedürfnissen der künftigen Nachbarschaften zu orientieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die neuen Sportanlagen möglichst vielen sportartspezifischen Normen entsprechen, damit dort auch offizielle Wettbewerbe ausgetragen werden können.

Ungedeckte Sportanlagen sind Klima- und Umwelteinflüssen ungeschützt ausgesetzt. Ihre Nutzung ist daher stark limitiert. In den kalten Wintermonaten werden die Sportanlagen so gut wie gar nicht frequentiert. Mit Blick auf die Flächenknappheit ist dies nicht länger vertretbar. Wir wollen daher die ungedeckten Sportanlagen ganzjährig nutzbar machen, sodass eine möglichst vollständige Auslastung über das Jahr hinweg erreicht wird. Zum einen gelingt dies durch den vermehrten Einsatz von Traglufthallen. Neben Tennisplätzen können auch andere Sportflächen, aber auch Freibäder mithilfe von Traglufthallen auch in der kalten Jahreszeit betrieben werden. Hinsichtlich des notwendigen Baus neuer Sportanlagen ist auf innovative Lösungen zu setzen. Für die CDU Berlin ist klar, dass etwa Sporthallen nur noch als Doppelstockhallen oder womöglich dreistöckige Hallen gebaut werden sollten. Durch die Flächenknappheit und die damit einhergehende Nutzungskonkurrenz muss auch vermehrt darüber nachgedacht werden, Sportflächen auf bestehende und integriert in neue Gebäude zu bauen. Hier ist die Zusammenarbeit von Politik, Bauwirtschaft und Sport gefragt, um solche und weitere kreative Ideen auf deren zügige Umsetzung hin zu prüfen. Außerdem werden wir es Vereinen im Rahmen des Vereinsinvestitionsprogrammes wieder einfacher ermöglichen, dem Land Berlin die von ihnen genutzten Grundstücke abzukaufen. Die dauerhafte sportliche Nutzung ist dabei zu sichern.

7. Lobbyismus/Transparenz

Entscheidungen in jüngster Zeit lassen vermuten, dass es nicht nur finanziell bestimmten Lobbyismus, sondern auch durch ideologischen, nicht immer von Sachargumenten unterfütterten Lobbyismus gibt. Im Sinne eines bürgerlichen Engagements wäre es aber sinnvoll, sich mit den jeweiligen Sachargumenten der anderen Seite auseinanderzusetzen. In diesem Sinne wäre es interessant zu wissen, welche Entscheidungsträger, egal ob in der Politik oder in der Senatsverwaltung, in entsprechenden Organisationen eine Mitgliedschaft oder gar eine Rolle als Funktionär in den Vereinigungen unterhalten. Uns ist klar, dass hier der Datenschutz eine Rolle spielt und es ist auch nicht wichtig, ob ein Entscheidungsträger am Wochenende in einem Verein Fußball spielt. Wenn er aber im Vorstand des ADAC Landesverbands Berlin, eines Naturschutzverbands (BUND, NABU, ...) oder in einem der beiden Berliner Anglerverbände Mitglied ist, kann das einen Hinweis auf Entscheidungen geben.

Wie steht ihre Partei zu einem Transparenzregister, in dem Mitgliedschaften in Vereinigungen von Abgeordneten und Angestellten in leitender Funktion in Behörden aufgelistet werden und wie könnte dieses aus Ihrer Sicht ggf. aussehen?

Antwort:

Bereits jetzt gelten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses strenge Regeln, was ihre Mitwirkung in Vereinen oder Gesellschaften betrifft. Nach dem Landesabgeordnetengesetz müssen die Abgeordneten angeben, in welchen Vereinen, Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen sie Mitglied des Vorstands, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, Beirats, Kuratoriums oder eines sonstigen Organs sind. Diese Angaben erscheinen dann im Handbuch und auch im Internetauftritt des Abgeordnetenhauses. Viele Abgeordnete gehen sogar über diese Verpflichtung hinaus und geben auch einfache Mitgliedschaften an. Die Abgeordneten sind nämlich regelmäßig selbst daran interessiert, deutlich zu machen, für wen und was sie sich gesellschaftlich engagieren. Denn wo man sich engagiert, kann man auch mit entsprechenden Wahlstimmen rechnen.

Um die Transparenz gegenüber dem Einfluss von Lobbyisten zu erhöhen, hat das Abgeordnetenhaus kürzlich ein Lobbyregistergesetz beschlossen, das mit Beginn der nächsten Wahlperiode in Kraft treten wird. Danach soll künftig ein Register Auskunft über alle schriftlichen oder elektronischen Äußerungen Beteiligter, insbesondere Gutachten und Stellungnahmen geben, mit denen gegenüber Abgeordneten, Fraktionen des Abgeordnetenhauses, Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, der Präsidentin oder dem Präsidenten des

Abgeordnetenhaus, dem Senat, einer Senatsverwaltung oder ihr nachgeordneten Behörden Einfluss auf ein Gesetzgebungsverfahren genommen werden soll. Die CDU-Fraktion hätte es für wirksamer gehalten, wenn auch für Lobbyisten – nach dem Vorbild des Bundes-Lobbyregistergesetzes - gezielt Verhaltensregeln geschaffen worden wären, die dann auch für mündliche Einflussnahmen, Hinterzimmergespräche, Telefonanrufe gegolten hätten. Es bleibt eine Aufgabe für die kommende Wahlperiode, insoweit noch Verbesserungen vorzunehmen.

8. Angelfischerei im Koalitionsvertrag

Wenn ihre Partei an einer zukünftigen Regierung beteiligt ist, würden sie das Thema Freizeitfischerei in einen Koalitionsvertrag einbringen? Wenn ja, in welcher Form?

Antwort:

Die Angler und Fischer können sich der Unterstützung der CDU sicher sein. Angeln und Fischen ist nicht nur ein schönes Hobby, sondern auch eine legitime und wichtige Nutzung unserer Gewässer. Deswegen werden wir uns auch dafür einsetzen, dass dieses Thema in möglichen Koalitionsverhandlungen berücksichtigt wird.

9. Anglerinnen und Angler in Ihrer Partei (Bonusfrage)

Die Regierung soll einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Laut Allensbacher-Umfrage zu den beliebtesten Sportarten Deutschlands haben 2020 knapp 8% angegeben, dass sie angeln. Nennen Sie uns die aktuelle Anzahl an Anglerinnen und Anglern in Ihrer Fraktion?

Antwort:

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion gehen in ihrem Privatleben verschiedensten Hobbies nach – auch Angler finden sich in der Fraktion.